

Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

Potentiale zur Fachkräftesicherung in Brandenburg nutzen

Der Landtag möge beschließen:

I. Die Landesregierung wird beauftragt, dem Landtag im 2. Quartal 2011

- über den Umfang der Wanderungsbewegungen (Zu- und Abwanderung nach/ aus Brandenburg) von Schulabsolventen und jungen ausgebildeten Menschen zur Aufnahme eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses zwischen den Bundesländern,
- über die Weiterbildungsbeteiligung der Brandenburger Erwerbsbevölkerung und der Unternehmen,
- über konkrete Gründe, warum die Ausbildungsmöglichkeiten in Brandenburger Betrieben im Sinne der eigenständigen Sicherung des anstehenden Fachkräftebedarfes nicht ausgeschöpft werden

zu berichten,

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag im 2. Quartal 2011 konkrete Vorschläge zu benennen,

- um das in Brandenburg bestehende Potential an jungen gut ausgebildeten Menschen sowie älteren vorhandenen Fachkräften zu nutzen und im Bundesland zu halten,
- um das Weiterbildungsengagement in Brandenburg zu erhöhen und Voraussetzungen für lebenslanges Lernen zu verbessern,
- um die Eigeninitiative von Betrieben zur Aus- und Weiterbildung zukünftiger Fachkräfte zu erhöhen.

III. Der Bericht und die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen die Handlungsempfehlungen der „Gemeinsamen Fachkräftestudie Berlin – Brandenburg“ aufgreifen und zu konkreten Umsetzungsschritten führen. Es soll ausgewiesen werden, welche Instrumente durch das Land genutzt bzw. neu entwickelt werden sollen und welche Ressourcen hierfür benötigt werden.

Datum des Eingangs: 22.06.2010 / Ausgegeben: 22.06.2010

Begründung:

Die gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg 2010 kommt zum Ergebnis, dass Brandenburg attraktiv ist sowohl für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Diese Aussage erzeugt eine optimistische Grundstimmung und verweist darauf, bestehende bislang nicht ausgeschöpfte Potenziale im Bereich der Fachkräftesicherung zu erschließen. In der Fachkräftestudie wurde die Gesundheitswirtschaft nicht gesondert untersucht, da hier bereits Analysen zum Fachkräftebedarf vorliegen. Gleichwohl sollte der Bericht aufgrund der Bedeutung der Gesundheitswirtschaft auch Hinweise zu möglichen Maßnahmen zur Fachkräfteentwicklung umfassen.

Gut ausgebildete junge Menschen verlassen Brandenburg zur Aufnahme eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses in anderen Bundesländern. Entweder fehlt es an den nachgefragten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen oder die Arbeitsbedingungen erscheinen anderswo attraktiver. Zudem ist davon auszugehen, dass viele junge Menschen nicht hinreichend über die im Land Brandenburg bestehenden guten Berufschancen informiert sind.

Ebenso wichtig wie die gezielte Ansprache junger Menschen für die Brandenburger Wirtschaft ist die verstärkte Übernahme von Eigenverantwortung Brandenburger Unternehmen zur Sicherung des betriebsinternen Fachkräftebedarfs. Die Brandenburger Fachkräftestudie hat deutlich gemacht, dass ein bedeutender Fachkräftebedarf bei qualifizierten Personen mit Berufsausbildung und bei Absolventen von Fachhochschulen und Universitäten wächst. Je komplexer und anspruchsvoller die zukünftigen Qualifikationsanforderungen an Beschäftigte in der Brandenburger Wirtschaft sind, umso zeitaufwendiger und schwieriger wird es sein, Personalengpässe zu vermeiden. Wirtschaftsunternehmen müssen sich darauf einstellen, dass der Arbeitsmarkt angesichts steigender Standortkonkurrenz um Fachkräfte zukünftig in geringerem Maße ausgebildete Fachkräfte auf Zuruf zur Verfügung stellen kann.

Brandenburger Unternehmen müssen aufgrund ihrer kleinbetrieblichen Struktur in ihren Bildungsplanungen/ Rekrutierungsstrategien unterstützt werden. Erfolgreiche Fachkräftesicherung in den Betrieben wird nicht zuletzt von einer erfolgreichen Nachwuchsbildung in Betrieben selbst abhängig sein. Das heißt die Unternehmen müssen selbst verstärkt, gezielt, vorausschauend und langfristig sowohl ausbilden als auch qualifizieren. Zudem sollten Unternehmen sensibilisiert werden gute Arbeitsbedingungen und betriebliche Karrierewege anzubieten und in diesem Sinne mit regionalen Akteuren (Kommunen, Schulen, Hochschulen) zusammenarbeiten.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE